

Unterrichtsversorgung

Auszug aus dem Plenarprotokoll vom 09.06.10

Beratung eines Antrags der CDU-Fraktion zur Unterrichtsversorgung

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manche SPD-geführte Landesregierung würde gar nicht mehr aufhören zu jubeln, wenn sie in ihren Schulen eine Unterrichtsversorgung vorweisen könnte, wie wir sie in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das sagen Sie jedes Jahr!)

Ich will Ihnen zugestehen: Manche CDU-Opposition in diesen Ländern würde trotzdem auch Ihre Reden halten. Aber wir sind hier in Baden-Württemberg; deshalb komme ich jetzt zum Status quo der Unterrichtsversorgung in unserem Land.

Nach den Daten der Kultusministerkonferenz zur Schüler- Lehrer-Relation sind folgende Werte für Baden-Württemberg

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir sind sachlich!)

in der Rangliste der alten Flächenländer zu verzeichnen: Für die Hauptschulen: beste Schüler-Lehrer-Relation Baden-Württemberg. Für die beruflichen Schulen: beste Schüler-Lehrer-Relation Baden-Württemberg. Für die Sonderschulen: beste Schüler-Lehrer-Relation Baden-Württemberg.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Baden-Württemberg! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das sind die Tatsachen!)

Das ist der Status quo hinsichtlich der Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg, den man, glaube ich, durchaus in die Landtagsdebatte einführen muss.

Die Einstellungen in den vergangenen Jahren erfolgten in einer Höhe, dass die Grenzen dessen, was wir am Arbeitsmarkt an Lehrkräften vorfinden können, in Teilbereichen erreicht wurden. Deshalb haben wir im letzten Jahr in anderen Bundesländern für die Einstellung in Baden-Württemberg geworben. Bei den Einstellungen haben wir wieder die Spitzenwerte erreicht, die wir vor wenigen Jahren bei steigenden Schülerzahlen hatten. Wir haben sie jetzt allerdings, obwohl wir jetzt zurückgehende Schülerzahlen haben. Trotz der zurückgehenden Schülerzahlen haben wir mit der Qualitätsoffensive Bildung noch einmal zusätzlich 4 000 Deputate für die nächsten Jahre, bis 2012, beschlossen. Das sind die Zahlen zur Unterrichtsversorgung. Damit können wir uns nun wahrlich sehen lassen.

Sie haben Anträge zum Thema Unterrichtsausfall mit auf die Tagesordnung gesetzt. Bei diesem Thema ist es durchaus interessant, die Zahlen zu vergleichen und die Veränderungen zwischen dem Schuljahr 2007/2008 und dem Schuljahr 2008/2009 sowie die Veränderungen zwischen dem Schuljahr 2008/2009 und dem Schuljahr 2009/2010 zu betrachten; denn zu all diesen Schuljahren liegen dem Tagesordnungspunkt Anträge zugrunde.

In den einzelnen Schularten ist die Entwicklung ganz unterschiedlich. In den beruflichen Schulen hat sich der Wert von 2007 auf 2008 verschlechtert und ist 2009 dann wieder so gut, wie er 2007 war. Zum Teil war dies eine umgekehrte Entwicklung gegenüber z. B. der Entwicklung an den Realschulen. Daran wird deutlich, dass bei der Auswertung der Stichprobe, die für die Ermittlung dieser Zahlen gemacht wird, auch Sondereffekte in den Schularten zu berücksichtigen sind. Unter dem Strich ergibt die Stichprobe von 2008 auf 2009 eine Erhöhung des Unterrichtsausfalls.

Der Grund dafür ist insofern nachvollziehbar, als in der Stellungnahme zu dem entsprechenden Antrag darauf hingewiesen wird, dass die Krankheitssituation im letzten Herbst deutlich schlechter war. Allein schon der erhöhte Anteil an Krankheitsfällen hat dafür gesorgt, dass es zu einem stärkeren Unterrichtsausfall gekommen ist. Das ist eine Sondersituation, die sicher auf die vermehrten Grippefälle im vergangenen Herbst zurückgeführt werden kann. Herr Kollege Röhm wird im weiteren Verlauf der Debatte noch auf weitere Fragen des Unterrichtsausfalls eingehen.

Auf der Tagesordnung haben wir auch einen Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Berufliche Schulen“. Denn obwohl in der Enquetekommission des Landtags im Moment viel über berufliche Schulen beraten wird, soll dieser Bereich auch mit in diese Landtagsdebatte einfließen. Im Übrigen wird zum Teil auch in den Anträgen der Opposition auf die spezielle Situation der beruflichen Schulen abgehoben.

Es tut gut, dass wir in der Enquetekommission immer wieder hören, wie über das ausdifferenzierte

Schulwesen im beruflichen Bereich in Baden-Württemberg gesprochen wird, wie es von den Fachleuten in der Enquetekommission anerkannt wird. Deshalb ist festzustellen, dass wir in anderen Ländern um unser berufliches Schulwesen beneidet werden.

Um dieses Niveau halten zu können, haben wir im Bereich des beruflichen Schulwesens in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise natürlich besondere Herausforderungen zu bewältigen. Auch im Jahr 2010 müssen wir möglicherweise von einem weiteren Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze ausgehen – so jedenfalls der Stand von Ende März. Deshalb gibt es weiterhin eine starke Nachfrage insbesondere nach beruflichen Vollzeitschulplätzen. Auch die Situation der Übernahme nach der Ausbildung wird sich in diesem Jahr wahrscheinlich noch nicht wieder verbessern. Im letzten Jahr hatten wir einen Bewerberzuwachs bei den Technikerschulen im Metall- und Elektrobereich um 40 %. Das zeigt deutlich, dass in den beruflichen Schulen gerade in dieser Krisenzeit etwas aufgefangen werden muss.

Auf diese Entwicklungen haben wir in der Steuerung für die Lehrerzuweisungen an die beruflichen Schulen reagiert. In den letzten fünf Jahren – zwischen dem Schuljahr 2004/2005 und dem Schuljahr 2009/2010 – sind allein 20 % mehr Zugänge in den Eingangsklassen zu verzeichnen gewesen. Obwohl wir diese Entwicklung schon hinter uns haben, haben wir im Schuljahr 2009/2010 alle Stellen in den beruflichen Schulen belassen und zusätzlich 100 Deputate für die beruflichen Schulen zur Verfügung gestellt.

Im Schuljahr 2010/2011 werden wir wiederum alle Stellen in den beruflichen Schulen belassen und zusätzlich durch die Senkung des Klassenteilers weitere Klassen in den beruflichen Schulen einrichten können. Das führt in diesem Bereich nicht wie in den anderen Schularten dazu, dass die durchschnittliche Schülerzahl sinkt, sondern dazu, dass wir im Gegensatz zur Deckelung in den Vorjahren in bestimmten Bildungsgängen durch die Senkung des Klassenteilers im nächsten Schuljahr und in den Schuljahren darauf zusätzliche Klassen einrichten können, die dann auch wieder mit ihrer vollen Schülerzahl ausgeschöpft werden können.

Ich glaube, diese Entwicklung zeigt, dass wir in Baden-Württemberg wissen, was wir an den beruflichen Schulen haben, und dass wir auf diese Situation auch in schwierigen Zeiten so reagieren, dass wir den besonderen Effekten der Finanz- und Wirtschaftskrise Rechnung tragen.

So viel in der Einstiegsrunde zu den Anträgen, die aufgerufen sind.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)